

Volks-Zeitung

mit täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt ULK

Filele: Moritzpl., Köpenicker Str. 67-69, Wiener Str. 1-4, Prenzlauer Allee 26, Frankf. Allee 344, etc.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens. Abonnementspreis in Groß-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen u. Herzogt. Anhalt 40 Pf. wöchentl. oder M. 1,75 monatlich.

Lichtenberg befreit!

An zuständiger Stelle erfahren die „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“: Die gestern früh gegen Lichtenberg begonnene Kampfhandlung der Regierungstruppen kann nach dem im Laufe des Nachmittags eingetroffenen Meldungen im wesentlichen als glücklich abgeschlossen gelten.

Die Kämpfe waren im allgemeinen nicht allzu schwer. An verschiedenen Stellen kam es jedoch zu lebhaften Einzelkämpfen. So wurde am Bahnhof Lichtenberg eine große Anzahl Gefangener gemacht.

Das Sozialisierungs-gesetz.

Die zweite Lesung in der Nationalversammlung.

Weimar, 12. März. Die Nationalversammlung hat heute die zweite Lesung des Sozialisierungsgesetzes zur Ende geführt, aber die Abstimmung in später Abendstunde auf morgen vertagt.

Der Sitzungsbericht.

Am Regierungstisch: Wissell, Rostke, Schmidt, Vell und Erzberger. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Sozialisierungsvorlage.

Berlin, 12. März. (W. I. B.) Bevor am 12. vormittags die vereinigten Truppen der Deutschen Schutzdivision und des Freikorps Hülse den Angriff gegen die Barrikaden der Frankfurter Allee übergingen, bahnte sich ein mit Offizieren des Divisionsstabes der Deutschen Schutzdivision besetztes Personenauto unter Führung des Rittmeisters v. Arnim den Weg bis zur ersten Barrikade.

Berlin, 12. März. (W. I. B.) Die Befehle des Ostens von Berlin einschließlich Lichtenbergs durch die deutsche Schutzdivision, das Freikorps Hülse und die Gardekavallerie-Schützen-division ist planmäßig durchgeführt.

Preuzentag.

Heute tritt endlich auch die verfassunggebende preussische Landesversammlung in Berlin zusammen. Sie zieht in das alte Dreiflüßhaus ein, das nun keines mehr ist.

Verschiebung des Rätekongresses.

Auf 8. April.

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik richtet folgende Bekanntmachung an die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Deutschlands: Die schwierigen Wirtschaft- und Verkehrsverhältnisse in der ganzen Republik, die Streiks der letzten Zeit und die damit verbundenen postalischen Schwierigkeiten machen es einem Teil der deutschen Arbeiter, Bauern- und Soldatenräte unmöglich, die für den Kongreß angeordneten Reisen bis zu dem vorgeschriebenen Zeitpunkt durchzuführen.

„Ausichtslos.“

Barth gegen den Streik in Oberschlesien.

Sindenburg, 12. März. (W. I. B.)

In Sindenburg tagte gestern Abend eine stark besuchte Versammlung der Arbeiterausschüsse und Vertrauensleute der Oberschlesischen Gruben. Der frühere Volksbeauftragte Barth aus Berlin ersuchte die Anwesenden, den Streik abzuwehren, da der Generalkonflikt in Mitteldeutschland und in Berlin beendet und in Oberschlesien als aussichtslos zu betrachten sei.

Der Waggonmangel. Die tägliche Wagenstellung für Kohlen-transport, die während des Krieges im Durchschnitt 50 000 Waggon betrug, ist zurückgegangen am 2. Oktober 1918 auf 44 536, am 2. November 1918 auf 34 876, am 2. Dezember 1918 auf 29 535, am 2. Januar 1919 auf 28 614 und am 2. Februar 1919 auf 21 658 Waggon.

Die Fraktionen der preussischen Landesversammlung werden in folgender Stärke vertreten sein:

- 145 Sozialdemokraten, 88 Zentrumsanhänger, 65 Demokraten, 50 Deutschnationale, 24 Unabhängige, 21 Deutsche Volksparteier, 7 Deutsche Hannoveraner, 1 schleswig-holsteinische Landespartei.

Von den Preußenabgeordneten sind nur 14 gleichzeitig Mitglieder der Nationalversammlung. Von dieser

Jeder Deutsche hat unbeschadet seiner persönlichen Freiheit die ständige Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert.

Abg. Dr. Bähler (D. Vp.) erklärt namens seiner Fraktion: Durch die Kommissionsbeschlüsse sind Grundbesitze angenommen worden, die es ermöglichen, die freie Privatwirtschaft zu fördern und den freien Handel in Deutschland durch Staatsverträge zu fördern.

Abg. Dr. Bährnide (Dem.): Aus dem vorliegenden Rahmengesetz werden sich die verhängnisvollen Folgen, wie der Vordränger bemerkte, nicht ergeben. Von einer revolutionären Entwicklung kann nicht gesprochen werden.

Abg. Weidt (Nat.): Das Fehlen einer schriftlichen Begründung hat die gesetzgeberische Arbeit sehr erschwert. Die Regierung hat uns noch immer keine Aufklärung darüber gegeben, was sie eigentlich unter Sozialisierung versteht.

Abg. Burlage (Zentr.): Gegen § 1 haben wir keine Bedenken mehr. Zu § 2 hält meine Partei daran fest, daß eine Enteignung nur gegen angemessene Entschädigung stattfinden darf.

Abg. Dr. Cohn (M. Soz.): Vielleicht wird ein künftiger Geschichtsschreiber dieses Gesetz eine lex Spartacus nennen, aber die sozialistische Absicht hat sich, wenn sie bestanden hat, nicht in die sozialistische Tat umgesetzt können.

Lichtenberger Vorgängen

in Verbindung gebracht. Wir lehnen die Verantwortung dafür ab. Aber alle diese Nachrichten über Massenerlässe von Polizeibehörden sind kernig übertrieben.